

Mittwoch,
6. Mai 1914.

Das Posener Tageblatt
er scheint
an allen Verkäufen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierjährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Germpr. Nr. 4246, 3110, 3249 u. 2273.

Mittag-Ausgabe.

Nr. 210.

53. Jahrgang.

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.,
Reklamenteil 80 Pf.,
Stellengebühr 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Announceurens.

Teleg.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Laute Lärmäufritte in der Duma.

Entfernung zweier Abg. durch Soldaten.

Als in der gestrigen Sitzung der russischen Reichsduma nach dem Bericht des Berichtstellers der Budgetkommission, Rischewski, der Präsident des Ministerrates Goremjkin die Tribüne betrat, lärmten und schrien Abgeordnete der äußersten Linken: Es ist genug! Wir werden ihn nicht sprechen lassen! Auch mit den Pultdeckeln wurde gelopft. Die Mahnungen des Präsidenten Rodsjanko blieben fruchtlos, der Lärm hielt an. Nunmehr beantragte Präsident Rodsjanko, die Anwendung des höchsten Strafmaßes, d. i. den Ausschluß der 8 Schuldigen bei den Sozialdemokraten und der Arbeitsgruppe für die Dauer von fünfzehn Sitzungen. Jeder der betroffenen Abgeordneten gab von der Tribüne herab Erklärungen ab, wobei den Abgeordneten Skobelew und Tschenteli das Wort entzogen wurde. Tschenteli blieb noch einige Zeit auf der Tribüne und erklärte dann von seinem Platz aus, er werde den Saal nicht verlassen. Der Präsident ordnete darauf an, ihn zu entfernen. Als der Abgeordnete der Aufrichtung des Ordnungsbeamten keine Folge leistete, erklärte der Präsident, er unterbreche aus Achtung vor der Würde der Duma die Sitzung und bitte Tschenteli den Saal zu verlassen.

Alle verließen den Saal, nur der Abgeordnete Tschenteli blieb darin zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung weigerte sich der auf Grund der Abstimmung des Hauses ausgeschlossene Sozialist Tschenteli wiederum, der Aufrichtung zum Verlassen des Saales Folge zu leisten, worauf der Präsident die Sitzung unterbrach und

der Quästor die Wache holen ließ,

bei deren Erscheinen Tschenteli seinen Platz mit der Erklärung räumte, daß er der Gewalt weiche. Sodann wurden nach persönlichen Auseinandersetzungen nach drei Sozialisten für 15 Sitzungen ausgeschlossen.

zwei von ihnen mußten durch die Soldaten entfernt werden. Die Linke fuhr fort zu lärm, so daß der zweimalige Versuch des Ministerpräsidenten Goremjkin, das Wort zu ergreifen, erfolglos blieb.

Der Präsident der Duma schlug vor, zwei weitere Gruppen von Abgeordneten der äußersten Linken von 15 Sitzungen auszuschließen. Der Antrag wurde angenommen, so daß

im ganzen 16 Ausschließungen von Abgeordneten erfolgten. Die mit dem Ausschluß bedachten Abgeordneten verließen den Saal bei dem erneuten Erscheinen der Wache. Endlich konnte

der Ministerpräsident die Tribüne betreten

und eine kurze Rede halten, in der er die Duma begrüßte und bat, diese Begrüßung mit dem gleichen Wohlwollen entgegenzunehmen, mit dem er die durch die Duma an ihn gerichtete Begrüßung entgegenzunommen habe. (Beifall im Zentrum und auf der Rechten.)

Ministerpräsident Goremjkin erklärte nach einer späteren Meldung in seiner Rede noch: Sein Haus stehe jedem Mitglied der Duma ohne Ausnahme offen und schloß: Ich wünsche, meine Herren, daß wir uns so viel wie möglich zusammenfinden, damit jeder von uns in aller Ruhe alle seine Kräfte dem Wohl unseres großen Vaterlandes weihen könne innerhalb der Grenzen, die durch das Recht uns gesetzt sind.

Reichstagsferien am 16. Mai.

Die Parteien des Reichstages sollen, wie angekündigt, übereingekommen sein, die Arbeiten am 16. Mai abzuschließen.

Zum Konflikt in Gotha.

Mit der Genehmigung des Rücktrittsgesuches des herzoglichen Staatsministers Dr. v. Richter ist ein Konflikt zwischen der Regierung des Herzogtums und dem Landtag unvermeidlich geworden.

Dieser hatte bekanntlich die Frage der herzoglichen Privatwagen im Thüringer Wald angeschnitten und einmütig gefordert, daß die an diesen Wegen angebrachten Tafeln als dem Domänenabteilungsgesetz widersprechend entfernt werden sollen. Das Schreiben des Ministers wird im Lande allgemein bedauert, da er es in neunjähriger Tätigkeit verstand, zusammen mit dem Herzog in beiden Herzogtümern heimisch zu werden und manchen Gegenzug zu überbrücken, der noch aus der Zeit her bestand, da der Streit um das Zustandekommen des Domänenabteilungsgesetzes die Gemüter erregte. Der Rücktritt des Ministers wird dem "Tag" infolge von der Bevölkerung als ein Sieg der Hoffammer über die Bitte beider Landtage an den Herzog, die Sache zugunsten des Ministers zu entscheiden, aufgefaßt.

Als Nachfolger Dr. v. Richters wird der Chef der Abteilung des Ministeriums Coburg, Staatsrat von Bassewitz benannt, ein Verwandter des vom Herzog kürzlich ausgezeichneten Hoffammerpräsidenten von Bassewitz.

Ein Dynamitmagazin in die Luft geslogen.

Das Dynamitmagazin der Regierung von Panama ist durch eine Explosion zerstört worden. Dabei wurden acht Personen getötet und 19 schwer verletzt. Die Explosion wurde durch einen Waldbrand herbeigeführt, der auf das Gebiet übergriff. Die meisten der Getöteten sind Feuerwehrleute.

Der Kriegsminister über die Wirkung der neuen Wehrvorlage.

38 000 Taugliche noch übrig geblieben. — Keine Schwierigkeit bei der Besetzung der Offizier- und Unteroffizierstellen und der Remontierung der Pferde. — Schon am 6. Oktober war alles kriegsbereit.

Deutscher Reichstag.

249. Sitzung vom Dienstag, 5. Mai.

(Schluß; Ansatz s. Mittwoch-Morgenaugabe.)

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Preußischer Kriegsminister v. Falkenhayn:

Bei Beginn der zweiten Beratung erachtete ich es für meine Pflicht, Ihnen Rechenschaft zu geben über die Art und Weise, in der sich die Wehrvorlage in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Sie wissen Alle, daß es sich darum handelte, die Vorbereitungen zu treffen für die Aufnahme von 60 000 Mann und etwa 18 000 Pferden mehr als wir bis dahin gehabt hatten. Wenn ich zunächst über den

Mannschaftserhalt

sprechen darf, so kann ich Ihnen mitteilen, daß die Aufbringung des selben ohne jede Schwierigkeit gelungen ist. (Beifall.) Wir haben übrig behalten im letzten Jahre noch 38 000 völlig taugliche Mannschaften, (hört! hört!), die wir nicht mehr einstellen konnten. (Erneutes: hört! hört!). Dabei sind die Anforderungen an die Tauglichkeit in keiner Weise herabgemindert worden. Der beste Beweis dafür ist, daß in diesem Jahre bis Ende Januar von den im Herbst eingestellten Mannschaften nur 4 Prozent zur Entlassung gekommen sind wegen später sich herausstellender körperlicher Fehler, während im Vorjahr noch 4,5 Prozent entlassen werden mußten. Ebenso wenig haben wir es in irgendeiner Weise an Wohlwollen für diejenigen wehrfähigen Mannschaften fehlen lassen, bei denen eine Befreiung vom Dienst im Interesse ihrer Familie notwendig war. Wir haben in diesem Jahre 0,31 Prozent mehr bereit, als im Vorjahr, wo es 3,37 Prozent waren. Nun ist außerhalb dieser Zahl, die ich eben nannte, natürlich noch ein sehr erheblicher Teil von Mannschaften zur Erfahrenerve gekommen wegen bedingter Tauglichkeit, deren Zahl ich hier nicht nennen möchte. Der

Offizierersatz

hat natürlich eine ganz besondere Sorge für uns gebildet, da ja schon Fehlstellen im Offizierkorps vorhanden waren. Heute beträgt die Zahl dieser Fehlstellen bei etwa 30 000 Offizieren nur noch 3000, und es ist nach der Entwicklung, die die Anmeldungen genommen haben, mit großer Bestimmtheit anzunehmen, daß diese Fehlstellen — ich nehme an in drei Jahren — vollständig gedeckt sein werden. (Hört! hört! und Beifall.) Sollte es gelingen, die Anmeldungen den Bedarf zur Offizierlaufbahn auf der Höhe zu halten, wie es augenblicklich der Fall ist, so würde dieser wünschenswerte Zustand schon früher eintreten. Bei dem

Unteroffizierersatz

hatten wir einen Bedarf von 10 000 Stellen. Hier fehlten 6 Wochen nach Genehmigung der neuen Truppenteile nur noch 4000 Köpfe. Wir würden den Rest schon in diesem Jahre decken können, wenn nicht ein neuer Bedarf im Oktober eintrate, durch weitere Durchführung der beschlossenen Formationsänderungen. Die Sache ist allerdings nicht ganz so günstig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Wir haben nämlich aus recht erklären Gründen bei den berittenen Waffen einen Überschuss an Unteroffizieren, während bei den Fußtruppen sich ein Mangel eher geltend macht.

Sie sehen also, daß die Befürchtungen, die, wie ich glaube, von mancher Seite an den Heeresersatz geknüpft waren, sich nicht bewahrheitet haben. Was nun die

Remontierung.

Die Ausrüstung des Heeres mit Pferden betrifft, so darf ich zunächst bemerken, daß der Mehraufwand von 1800 Remonten, d. h. noch nicht volljähriger Pferde, über den früheren Bedarf hinaus, ohne jede Schwierigkeit aus Züchterkreisen gedeckt werden konnte. Von Ende August an konnten wir anfangen mit dem Ankauf der volljährigen Pferde. Es handelte sich um 17 000 Pferde, die bis Anfang November gekauft werden mußten. Außerdem war es nötig, eine beschränkte Zahl von Kalbblütlern zu kaufen — die 17 000 waren Warmblütlar. — Das Urteil über das Resultat dieses Ankaufs ist im allgemeinen durchaus günstig. Freilich haben sich während des letzten Winters die Seiten in unseren militärischen Ställen gehäuft und teilweise einen bedrohlichen Charakter angenommen. Ob daran lediglich die Einschleppung von außen her durch die Ankäufe volljähriger Pferde schuld ist, oder ob etwa die zu große Beschleunigung oder die zu große Anspannung, die wir von Anfang an den Pferden haben zuteil werden lassen, die Schuld trägt, ist noch nicht ganz klar erwiesen. Jedenfalls fordert uns diese Beobachtung aber dazu auf, im laufenden Jahre, wo sich diese Ankäufe ja wiederholen werden, wenn auch nicht in solchem Umfang, noch vorsichtiger zu sein mit der Überführung der Pferde in unsere Dienststellung und noch vorsichtiger zu sein mit der graduellen Steigerung der Ansprüche, die an solche Pferde, welche aus dem gewöhnlichen bürgerlichen Leben kommen (Heiterkeit), aus dem gewöhnlichen Gebrauch der Pferde im bürgerlichen Leben kommen, zu stellen sind. Die

Mittel, die Sie für die Festungsbauten bewilligt haben, sind bisher verwendet worden, um die

Kriegsbereitschaft unserer Grenzfestungen überall in wirksamer Weise zu steigern. Eine der schwierigsten Aufgaben für uns war es natürlich, die

Unterkunft

für diesen Massenzuflug zur Armee sicherzustellen in der kurzen Zeit von Juli bis Oktober. Es mußten nicht weniger als 268 Großbauprojekte, außerdem mehrere Hundert Kleinbauvorhaben zur Erweiterung der bestehenden Unterkunftsräume für die Staatsverstärkungen vorgenommen werden. Die Bauten für die Pferdeverstärkung sind sämtlich vollendet, die für die Mannschaften natürlich noch nicht, sie sind im Bau. Holzbaracken für die provisorische Unterbringung der Mannschaften wurden für 14 Bataillone, 6 Kavallerie-Regimenter, 3 Artillerieabteilungen und 12 einzelne Kompanien in der Zeit vom Juli bis Oktober errichtet. Diese sind sämtlich bis zum 1. Oktober in Ordnung gewesen und haben sich ganz vortrefflich bewährt, wie der glänzende Gesundheitszustand der Armee zeigt. Anstände in der Truppen- und Pferdeunterbringung sind nur in ganz wenigen Orten vorgekommen. Die Bevölkerung ist nur in einem einzigen Falle in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Bevölkerung ist allerdings noch auf eine andere Weise in Mitleidenschaft gezogen worden, nämlich durch die Unterbringung der Offiziere und Beamten, da es nicht gelungen war, rechtzeitig die nötige Zahl von Wohnungen bereitzustellen. Das war aber auch nicht zu verlangen, und die davon Betroffenen mußten sich damit abfinden. Etwas peinlicher ist die Angelegenheit in bezug auf die enorme

Steigerung der Mietansprüche,

der Mietpreise in verschiedenen Garnisonen; ich kann aber mit meiner Freude heute schon mitteilen, daß fast überall sich schließlich die Verhandlungen, die wir mit den Stadtverwaltungen gepflogen haben, erfolgreich erwiesen haben, und daß die schlimmsten Notstände jetzt abgestellt sind. Die Verpflegung war überall sichergestellt. Wie ich schon vorhin sagte, ist der

Gesundheitszustand

in der ganzen Armee vortrefflich gewesen und geblieben, und das Jahr 1913 ist ein Rekordjahr auf diesem Gebiete, ein neuer glänzender Beweis für die vortreffliche Tätigkeit unseres Sanitäts-Offizierkorps. Verhältnismäßig die größten Schwierigkeiten hat die Beschaffung der Kleidung und Ausrüstung gemacht. Trotzdem ist nicht ein einziger Truppenteil nicht ausrüstungsfähig gewesen. Man hat sich mit dem für die Reserven vorhandenen Material beholfen, und so konnte am 6. Oktober Seiner Majestät dem Kaiser und König gemeldet werden, daß auch die neuen Verbände sämtlich in kriegsbereitem Zustand ausrückungsfähig vorhanden waren. (Beifall.)

Sie wissen, daß ich nicht beteiligt gewesen bin bei den Ausführungsbestimmungen auf Grund der Wehrvorlage; ich kann um so unbefangen hier aussprechen, daß die Arbeit, die von den Verwaltungsbeamten vollbracht worden ist, geradezu musterhaft ist, und daß diese Herren die größte Anerkennung verdienen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schulz - Erfurt (Soz.):

Herr von Heeringen, der die ungeheuerliche Vorlage, die die Welt je gesehen hat, hier vertrat, hat sofort nach der letzten Abstimmung in dritter Lesung mit geradezu fluchtartiger Eile das Kriegsministerium verlassen. Ich glaube, wir würden nunmehr auf Grund der hinterher gemachten Erfahrungen zu der Ansicht kommen, daß diese ganzen Reden ettel Schaumslägerei gewesen sind. (Präsident Dr. Klemm rügt diesen Ausdruck.) Wenn man uns damals die Kriegsgefahr an die Wand malte, so müssen die Herren in den verantwortlichen Stellen im Innern ihres Herzessens den festen Glauben an die Unerschütterlichkeit des Friedens gehabt haben. Als der Name des jetzigen Kriegsministers genannt wurde, gab es zunächst ein allgemeines Schütteln des Kopfes. (Heiterkeit.) Sein Bruder, der Geheime Oberregierungsrat v. Falkenhayn hat die bekannte preußische Wahlvorlage ausgearbeitet, die so schäbig war, daß sie selbst der preußische Landtag — (Präsident Dr. Klemm: Ich muß Sie doch dringend bitten, derartige Ausdrücke nicht zu gebrauchen. (Beifall rechts.) Abg. Schulz (Soz.) fortlaufend: Das hat vielleicht genügt, um diesen Herrn an die Spitze des Kriegsministeriums zu legen. Der Kronprinz hat aber noch keine Beweise gegeben für seine militärische Tüchtigkeit. (Lebhafte Unruhe rechts.) Sehr richtig! bei den Soz.) — (Präsident Dr. Klemm: Sie sprechen zum Gehalt des Kriegsministerium. Ich bitte Sie, den Kronprinzen hierbei aus dem Spiele zu lassen. Beifall rechts.) Abg. Schulz (Soz.) fortlaufend: Die Vorgänge bei diesem Ministerwechsel scheinen mir typisch zu sein für eine neue Gedankrichtung in unserem heutigen Offizierkorps; es scheint ein neuer Geist zur Geltung gekommen zu sein. Die Treibereien der Rüstungsindustrie gehen weiter. Warum schreitet der Kriegsminister nicht ein gegen die aktiven Offiziere, die Politik treiben, wenn er gegen die inaktiven nicht vorgehen kann? können glaubt. Der Redner brachte dann mehrere Fälle vor und fuhr fort: Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie Haz predigt, ist dummes Geschwätz. (Präsident Dr. Klemm rief den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.) Mit seiner brüsken Antwort, die Generalmajor Wild von Hobenborn neulich auf die Frage wegen der Vorlesungen bei nachstehen-

Belobienstübingen gab, ist bewiesen, daß in militärischen Kreisen seit den Baderner Tagen eine geschwollene Stimmung herrscht. Graf Westarp brachte es sogar fertig, zu behaupten, die sozialdemokratischen Redakteure hätten die erste, allerdings aus unrichtigen Informationen beruhende Meldung über die Unfälle bei Chodrus wider besseres Wissen gebracht. Solche Verdächtigungen ehrbarer Männer muß ich zurückweisen. Wir haben unsere eigene Auseinandersetzung über Heeresorganisation und Landesverteidigung. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Erzberger (Btr.): Für uns ist das stehende Heer ein Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Wohlfahrt des Deutschen Reiches und des Weltfriedens. Wir sehen es nicht an als ein Machtmittel gegen das Volk, sondern für die Gesamtheit des deutschen Volkes. An diesem Nutzen eines starken Heeres sind die Sozialdemokraten nicht am allerwenigsten mit beteiligt. Den Versuch mit der Miliz machen wir nicht mit. Er würde uns viel teurer zu stehen kommen. Das Jahr 1870 hat bewiesen, was wir an unserem Heer haben. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Wehrvorlage absolut notwendig war. Es ist ein unerhörtes Vorgehen, die Gründe dafür als Schaumslägerei zu bezeichnen. (Sehr richtig rechts und im Zentrum.) Die militärische Entwicklung im Jahre 1913 und 1914 hat unsere Auffassung bestätigt. Nur unsere starke Rüstung hat den Weltfrieden wahren können. Heute können wir mit berechtigtem Stolz darauf hinweisen, daß die deutsche Heeresorganisation sich dabei auf das glänzendste bewährt hat. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Es ist besonders anzuerkennen, daß dies ohne jede Erhöhung des wirtschaftlichen Lebens und kaum merkbar für das Volk vor sich ging. Man darf dabei nicht außer Acht lassen, welche Schwierigkeiten andere Nationen dabei gehabt haben. Das geht so weit, daß solche Nationen heute das noch nicht durchgeführt haben, was sie vor uns bewilligt haben. Das ist ein weiterer Grund zur Genugtuung und zum Stolze. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum.) Über auch andere Kreise der Bevölkerung, ganz besonders unsere Industrie, hat in der knappen Zeit mitgearbeitet, daß bis zum 6. Oktober alles restlos durchgeführt werden konnte. Diese rasche Durchführung bot ebenso wertvolle Garantien für die

Erhaltung des Weltfriedens.

Wir haben allerdings die Militärvorlage mit verschiedenen Hypothesen belastet. Die Militärverwaltung hat unseren Resolutions kein glattes Nein entgegengesetzt. Ich bedauere, daß eine Reihe von Wünschen nicht erfüllt ist, aber wir werden sie erneut besprechen und zur Beschlusseinführung bringen. Auf jeden Fall hat die Heeresverwaltung hierbei den guten Willen gezeigt. Ich bin überzeugt, daß

unter unseren jungen Soldaten keine 20 000 reine Sozialdemokraten

sind. (Zustimmung im Zentrum und rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Das sage ich zur Ehre des deutschen Heeres. Diese Anerkennung verhindert mich nicht, Wünsche zu Gunsten der Mannschaft hier zum Ausdruck zu bringen. Die Zahl der Soldatenmisshandlungen befindet sich leider nicht in dem gewünschten Rückgang. Im letzten Jahre ist die Zahl der gehäufteten Misshandlungen gestiegen. Durch eine strenge Kontrolle der Offiziere und Unteroffiziere kann aber den gehäufteten Misshandlungen sehr wohl begegnet werden. Die Zivilversorgung der Unteroffiziere muß verbessert werden. Ich bitte den Minister, mit aller Energie Maßnahmen zu treffen, um dem Duellzwang entgegenzutreten. Das wäre auch ein Mittel zur Beseitigung der Fehlstellen. Sehr groß ist die Zahl der Fehlstellen im Sanitätskorps. Die Sanitätsoffiziere sind überlastet. Der

Politik im Heere, im Offizierskorps wollen wir nicht haben. Der Kriegsminister sollte streng an der Vorschrift festhalten, daß Offiziere in politischen Versammlungen nicht gehen dürfen. Der Wehrverein ist ein politischer Verein, da dürfen keine Offiziere hin. Die neuesten Lasten verlangen ein solches Maß von Opferfreudigkeit von dem deutschen Volke, daß eine Ruhepause wohl am Platze ist. Was das

Presse-Referat

im Kriegsministerium betrifft, so wollen wir dem Kriegsminister eine Nachrichtenstelle nicht verweigern; nur ein politisches Pressereferat wollen wir nicht. Der neue Etat ist ja mit großer Sparjämigkeit aufgestellt. Mit dieser Anerkennung will ich dem Sparjäm der Kriegsministers keine Zügel anlegen.

Abg. Bassermann (int'l.):

Auch wir sind nach wie vor überzeugt, daß die große Wehrvorlage eine Notwendigkeit war zur Erhaltung des Weltfriedens.

Überall hält die internationale Spannung an, Vermehrung von Reibungsflächen und Komplikationsmöglichkeiten sind die Signatur unserer Zeit. Das bestausgebildete Heer ist für Deutschland gerade gut genug. Weshalb Herr von Falbenhain Kriegsminister geworden ist, darauf kommt es uns nicht an. Seine Amtsfähigkeit zeigt, daß er sein Arbeitsfeld sehr gut beherrscht. Die glatte Durchführung der Wehrvorlage erfüllt uns mit Genugtuung. Die neuen Bestimmungen über die Anwendung der Waffengewalt bedeuten einen erheblichen Fortschritt. Die Soldatenmisshandlungen sind in letzter Zeit in bedauerlicher Weise wieder hervorgetreten. Man muß dabei bedenken, daß alles mit minutiösen Einzelheiten in die Auslandsprese übergeht. Jeder Kompaniechef muß eine strenge Überwachung seiner Unteroffiziere und seiner alten Kerle übernehmen. Wegen des Pressereferats muß eine Verstärkung herbeigeführt werden. Die Reform der Intendantur ist dringend erforderlich. Auch die Stellung der Zahlmeister ist reformbedürftig. Bei der Durchführung der Wehrvorlage hat die Heeresverwaltung ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Sie hat musterhaft und geschickt gearbeitet. Das deutsche Volk hat volles Verständnis gezeigt für die Wege, die in der Wehrvorlage gezeichnet sind. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dombed (Pole):

Wenn die polnischen Recruten auch besonders zurückhaltend sind, so ist erwiesen, namentlich aus Misshandlungsprozessen, daß die polnischen Recruten gleichermaßen behandelt und mehr bejammert werden als ihre Kameraden. Polnische Kaufleute und sonstige Lieferanten dürfen von den Lieferungen für das Heer nicht ausgeschlossen werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. — Schluß noch 6½ Uhr.

Breithässcher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom Dienstag, 5. Mai.

(Schluß; Anfang siehe Mittwoch-Morgenauflage.)

Zweite Beratung des Kultussets.

Kapitel „Höherer Lehranstalten“.

Abg. Bielek (Fortschr. Volksp.)

verlangt größere Mittel für die in dem Etat vorgesehenen naturwissenschaftlichen Fortbildungskurse für Lehrer höherer Lehranstalten.

Die Besprechung wendet sich nunmehr den Titeln zu, die Staatszuschüsse für die

höheren Lehranstalten für weibliche Jugend enthalten.

Hierzu liegt ein Antrag Aronhoorn (Fortschr. Volksp.) vor, der ein Gesetz zur Regelung des Privatschulwesens verlangt.

Abg. v. Kessel (cons.):

wendet sich gegen die geplante Verlegung der Berliner Elisabeth-Schule nach Tempelhof. Gerade bei Mädchen ist ein weiter Schulweg bedenklich. Wir begrüßen den Erlass vom 11. Oktober v. Js., weil wir den vierten Weg, das Oberlyzeum, für die beste Vorbereitung der Mädchen für das Studium halten. Es freutlich ist die günstige Entwicklung der Frauenschule, deren Einrichtung für uns eine

conditio sine qua non bei der Neuregelung des höheren Mädchenchulwesens war. Gegen eine gesetzliche Regelung des Privatmädchenchulwesens haben wir große Bedenken.

Abg. Dr. Kaufmann (Betr.):

über den „vierten Weg“ herrscht vielfach noch große Unkenntnis. In einer Denkschrift der Göttinger philosophischen Fakultät wird der vierte Weg scharf angegriffen. Eine solche Kritik ist verfrüht, denn erst 1917 werden die ersten Schülerinnen nach Absolvierung des Lyzeums und des Oberlyzeums die Universität beitreten können. Alle Bedenken der Denkschrift gegen das Oberlyzeum treffen ebenso die Studienanstalten. Die Fakultät hält nun die Oberlyzeen für kein einziges Fach des philosophischen Studiums für eine geeignete Grundlage. Diese Angriffe sind auch von anderer Seite erhoben. Gerade die Oberlyzeen geben unseren Mädchen aber eine gute wissenschaftliche Bildung. Bei den Erleichterungen, die man den Privatmädchen schulen gewährt, muß man human vorgehen, da man sonst einen ganzen Anzahl von ihnen das Todesurteil sprechen würde. Bei den Prüfungen darf man nicht zu weitgehende Ansprüche stellen.

Abg. Dr. Herwig (int'l.):

Der sogenannte „vierte Weg“, darin stimmen wir mit dem Vorredner überein, bringt eigentlich gar nichts Neues. Auch wir stimmen dem Erlass des Ministers vom 11. Oktober v. Js. zu. Die Agitation gegen ihn ist fast nur von Damen aus gegangen und hat natürlich eine scharfe Gegenagitation hervorgerufen. Nachdem alle Parteien im vorigen Jahre den Minister auf den jetzt beschrittenen Weg gedrängt haben, können wir ihm nicht zumuten, den Schritt wieder rückgängig zu machen. Immerhin wollen wir die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung überweisen, und viele Universitätsprofessoren haben den „vierten Weg“ zum Gegenstand ernster Sorge gemacht. (Hört, hört!) Die Oberlyzeen sind keine Fachanstalten mehr; sie sind wissenschaftliche Anstalten geworden. Aber sie sind unseren Oberrealanstalten nicht gleich, die an Stelle der alten Sprachen eine erweiterte mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung bieten. Es ist fraglich, ob die ethisch-philosophische Bildung der Lyzeen dieser Erweiterung gleichwertig ist, denn es kommt nicht auf die Menge, sondern auf die Vertiefung des Wissens an. In einem Punkt sind wir einig: die Lücken, die ein junger Student mitbringt, wenn er zur Universität geht, müssen ausgefüllt werden, ehe das Studium beginnt. Auch Freunde des Oberlyzeums stehen auf diesem Standpunkt, man sollte aus diesen Anstalten den philosophischen Krimskram zugunsten der naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächern hinauswerfen. Es sind sogar Befürchtungen laut geworden, ob das jüngste Oberlyzeum die Tausende von Lehrkräften heranführen könnte, wie das frühere. Wir haben zum Minister das Vertrauen, daß er die Mängel beseitigt. Ich bedaure, daß die Freunde des Oberlyzeums aus der Verteidigungsstellung in die Angriffsstellung übergegangen sind. Die Studienanstalten sollen nicht versuchen, den anderen Anstalten das Wasser abzugeben. Die Lage der Privatschulen und der daran beschäftigten Personen ist eine sehr ungünstige. Die Regierung sollte an Privatschulen keine höheren Ansprüche als an eigene stellen. Die zehnklassigen höheren Mädchenchulen sind noch sehr zahlreich und es wäre angebracht, sie direkt der Regierung zu unterstellen. (Beifall links.)

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Es ist zutreffend, daß ich im vorigen Jahre, als ich meine Absichten auseinandersetzte, auf allen Seiten des Hauses Zustimmung gefunden habe und, das hat mich bestimmt, an meinen Plänen festzuhalten. Mein

Erlass vom 11. Oktober vorigen Jahres

fund zunächst keine Gegnerschaft. So ging es einige Monate. Allmählich setzte sich eine gewisse Gegnerschaft fest, die wuchs und schließlich den Umfang annahm, der heute hier dargestellt worden ist. Auch an den Universitäten ist eine Gegnerschaft hervorgetreten, und ich glaube, es ist richtig, daß die Frauen, die mit den Maßnahmen nicht einverstanden sind, sich an die Universitäten gewandt haben. Sie haben zum Teil sich auch an mich gewandt. Es ist zu zutreffend, daß bei allen diesen Eingaben gegen meinen Erlass von einer falschen Vorwurfsseitigung aus gegangen wurde: Überall wird gesagt, daß Oberlyzeum sei eine seminaristische Anstalt. Das kann man nicht sagen. Da verwechselt man die früheren Lehrerinnensemestare, die im Grunde einen ganz anderen Lehrplan hatten, mit den Oberlyzeen, wie sie mein Erlass schildert. Mein Erlass enthält vor allem zwei Dinge: Einmal bestimmt er, daß Lehrerinnen für höhere Mädchenchulen, die Oberlehrerinnen werden wollen, eine praktische Probezeit vor dem Studium absolvieren müssen. Das hat mit dem Universitätsstudium nichts zu tun. Dann enthält er Bestimmungen darüber, welche Nachprüfungen die Abiturientinnen der Oberlyzeen abzulegen haben, die sich dem Universitätsstudium widmen wollen. Sie haben Nachprüfungen zu bestehen, um sich die allgemeine Reife unserer Gymnasien, Realgymnasien oder Oberrealschulen zu verschaffen. Das Oberlyzeum ist also nicht ohne weiteres der Oberrealschule zum Beispiel gleichgestellt worden, daß diejenigen jungen Damen, welche das Oberlyzeum verlassen, um zu studieren, gewisse wissenschaftliche Bedingungen zu erfüllen haben, so daß sie ein Meisterzeugnis nachweisen können, wie die Abiturientinnen der Studienanstalten. Den Bedenken, die früher von der Universität aus gegen den Übergang der jungen Damen auf den „vierten Weg“ der Universität geltend gemacht worden sind, ist also entsprochen worden. Die gleichen Bedenken sind früher von den Universitäten gegen die Abiturienten der Oberrealschulen vorgetragen worden; ihnen ist man bei den Oberlyzeen von vornherein entgegentreten. Die Oberlyzeen wollten nicht alle Mädchen zur Universität hinführen, sondern nur diejenigen, die besondere Anlagen dazu haben. Sie können die Nachprüfung erst ein Jahr nach Verlassen des Oberlyzeums ablegen; dadurch soll verhindert werden, daß sie sich zum Schaden ihrer Gesundheit überarbeiten. Auch wird manche junge Dame es sich nur doch überlegen, ob sie studieren will, während sie sonst ohne Nachprüfung vielleicht eher dazu geneigt wäre. Ich bin kein Gegner des Frauenstudiums, aber

ein Übermaß von Frauenstudium ist nicht von Nutzen. (Sehr richtig!) Das Frauenstudium darf nicht Mode werden. Wenn wir die Oberlyzeen nicht in ihren Bemühungen unterstützen, würde durch einen vermehrten Besuch der Studienanstalten der Zugang der Mädchen zur Universität wesentlich größer sein. Den bestehenden Studienanstalten wollen wir das Leben durchaus nicht erschweren, sie haben eine günstige Entwicklung genommen, ihre Zahl ist in den letzten drei Jahren von 33 auf 48 gestiegen, während die Oberlyzeen von 127 auf 121 zurückgegangen sind. Ich bin bereit, auch weiter für die privaten Mädchenchulen nach Kräften zu sorgen. Wir müssen allerdings an sie die gleichen Anforderungen stellen wie an die öffentlichen Schulen, aber keine höheren Anforderungen. Die Bestimmungen werden nicht brüsk zurückgezogen, sondern die privaten Schulen sollen allmählich in die neuen Verhältnisse übergeleitet werden. Wiederholte ist den Privatschulen auch dann ein Staatszuschuß gewährt worden, wenn die Kommunen einen solchen abgelehnt hatten; in der Regel geschieht dies allerdings nicht. Den Wünschen der Privatschulen bei

Einrichtung besonderer Prüfungskommissionen wird nach Möglichkeit Rechnung getragen. Zwischen der Unterrichtsverwaltung und dem Hause besteht eine Übereinstimmung über die leitenden Grundsätze bei der Mädchenchulreform. Diese muß man bei der Beurteilung der einzelnen Fragen in erster Linie heranziehen und nicht immer zu Vergleichen mit den Knabenschulen übergehen. Wenn sich die Notwendigkeit einer Änderung der bisherigen Bestimmungen herausstellt, so bin ich der Leiste, der sich dagegen wehrt, hier Abhilfe zu schaffen. (Beifall.)

Abg. Bielek (freikons.):

Die Mädchenchulreform, die der Minister in so weitgehender Weise durchgeführt hat, hat unsere volle Billigung gefunden. Wir wollen auch die Lyzeen und Ober-

lyzeen, gegen die eine Bewegung eingesetzt hat, beibehalten, weil wir meinen, daß diese Anstalten der weiblichen Eigenschaft am besten entsprechen. Wir wollen keineswegs auch die kleinen Städte zwingen, Studienanstalten einzurichten. Das Niveau unserer Universitäten darf nicht herabgedrückt werden, und deshalb muß man auch von den jungen Mädchen, die studieren wollen, eine ausreichende Vorbildung verlangen. Den zehnklassigen höheren Mädchenchulen muß man Wohlwollen entgegenbringen, wir halten es nicht für angebracht, sie alle in Lyzeen umzuwandeln. Wir freuen uns deshalb, daß der Minister diesen Schulen sein Wohlwollen ebenso zugesagt hat, wie den Privatschulen.

Abg. Münsterberg (Fortschr. Volksp.):

Die höheren Mädchenchulen kosten den Gemeinden große Summen. Es ist zu fordern, daß der Staat diese Kosten wie bei den Knaben übernimmt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 11 Uhr: Fortsetzung. — Schluß nach 5 Uhr.

Der Zwist an der Berliner Handelshochschule.

Montag nachmittag 5 Uhr fand unter dem Vorsitz des Rektors Professors Dr. Elsbacher eine Beratung der hauptamtlichen Dozenten der Berliner Handelshochschule statt, an der Professor Jastrow nicht teilnahm. Die dort gefassten Beschlüsse wurden den Altesten der Kaufmannschaft übermittelt, die um 6 Uhr unter dem Vorsitz des Präsidenten Raempf im Börsegebäude zu einer Sitzung zusammentraten.

Das Dozentenkollegium erklärte sich auf folgenden Grundlagen zu einer Einigung bereit:

1. Das Kündigungrecht der Altesten so weit es sich in den bisherigen Verträgen der hauptamtlichen Dozenten befindet, wird bis zum 1. Juli 1914 gestrichen. Auch künftige hauptamtliche Dozenten werden stets auf Lebenszeit angestellt.

Der Grundzustand der lebenslanglichen Anstellung findet auch auf Herrn Professor Jastrow Anwendung. Sollte sich über die Bedingungen des Vertrages, den die Altesten nach ihren wiederholten Erklärungen mit Professor Jastrow abzuschließen bereit sind, zwischen den Beteiligten keine Einigung erzielen lassen, so nehmen die Altesten die vom Minister für Handel und Gewerbe angebotene Vermittelung an.

2. Die Altesten erklären sich bereit, bei Bezeichnung hauptamtlicher Dozenturen das Dozentenkollegium vor Anknüpfung von Verhandlungen zu befragen, welche Kandidaten es für die geeigneten erachtet. Die Altesten behalten sich vor, ihre eigenen Kandidaten zu benennen. erklären jedoch, daß sie nur in zwingenden Fällen die Vorschlagsliste des Dozentenkollegiums unbeachtet lassen werden.

3. Die Frage eventueller Vereinigung des Verfahrens in den nebenamtlichen Dozenturen bleibt weiterer Vereinbarung vorbehalten, an der mitzumachen der Minister für Handel und Gewerbe sich bereit erklärt hat.

Das Altesten-Kollegium der Berliner Kaufmannschaft, das am Montag seine Beratungen noch nicht zu Ende führen konnte, setzte diese am Dienstag fort und beschloß heute nach mehrstündigem Verhandlung:

Das Kollegium erachtet die Forderung der Dozenten auf lebenslängliche Anstellung und Vorschlagsrecht als geeignete Grundlage zu einer Verständigung. So lange jedoch der Streit an der Handelshochschule besteht, ist das Altesten-Kollegium außerstande, zu den formulierten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Nach Beendigung des Streits ist das Kollegium bereit, mit den Dozenten in Verbindung zu treten und spricht die Hoffnung aus, daß eine Einigung zustande kommen wird, die den Interessen der Handelshochschule entsprechen wird. Es ist selbstverständlich, daß dem Altesten-Kollegium fern gelegen hat, Herrn Professor Jastrow irgendeine zu verleihen.

Wie bestimmt verlautet, wollen die Studierenden die Stellungnahme der Dozenten abwarten und nicht früher die Vorlesungen besuchen.

Auf den Beschluß der Altesten der Kaufmannschaft hin erst zu verhandeln, wenn der Studentenstreik aufhört, erklärten die Hochschuldozenten auf ihrem Standpunkte beharrten zu müssen. Sie lehnen jede Einwirkung auf den Streit der Studierenden ab.

Bur Tagesschichte.

Kein Zigarettenmonopol.

Eine Anzahl deutscher Zigarettenfabrikanten hat in Verbindung mit Reichstagsabgeordneten dem Bundesrat eine Denkschrift überreicht, in welcher die Einführung eines Zigarettenmonopols befürwortet wird. Einige Blätter haben daraus die Folgerung geschöpft, daß die Einführung eines solchen Monopols geplant sei. Wie unser Berliner Vertreter von zuverlässiger Seite erfährt, besteht aber bei der Reichsregierung nicht die Absicht, eine Änderung der bestehenden Gelehrtegebung herbeizuführen und die Zigarettensteuer durch ein Zigarettenmonopol zu ersezten.

Die Dualfrage.

In den Kreisen der Reichstagsabgeordneten hat, wie wir hören, die Denkschrift über die Enteignung vorgenommen, in Duala, wenn man von der äußersten Linken abstieß, einen durchaus günstigen Eindruck gemacht. Man gibt sich der Erwartung hin, daß sich sowohl die Budgetkommission wie das Plenum des Reichstages mit dieser Darlegung des Sachverhalts begnügen und das Verfahren des Kammer-Gouvernements in der Hauptstadt billigen werden.

Deutsches Reich.

<p

Verhandlung im Befinden Dr. Semlers. Das Befinden des Reichstagsabgeordneten Dr. Semler ist nach dem "Berl. Tagebl." besorgniserregend. Es ist eine Verschämung eingetreten.

Zimmer noch Baberner Nachlässe. Der Feldwebel Kaiser vom Mühlhäuser Infanterie-Regiment Nr. 142 war an einem Samstagabend von einem Haufen von etwa fünfzehn Zivilisten in einem öffentlichen Lokal schwer mishandelt worden, weil er sich Hänsleien wie "Dreckschwab" und dergleichen verbat. Drei von den tapferen Angreifern wurden erkannt und zur Anzeige gebracht. In der gestrigen Verhandlung vor der Strafkammer wurde der Hauptangeklagte, ein Erdarbeiter Nusch, wegen Körperverletzung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, während die beiden Mitangestellten mangels Beweises freigesprochen werden mussten. Auf Grund eidlicher Zeugenaussagen billigte das Gericht auch dem Hauptangestellten mildernde Umstände zu, indem es annahm, daß auch der Feldwebel Kaiser während des Streites "provokerende" Ausdrücke gebraucht habe.

Gegen den berühmten nationalistischen Zeichner Bislin in Mühlhausen hat die "Rheinisch-Westfälische Zeitung", und zwar der Verleger Dr. Reimann-Gronau und Chefredakteur Niehues, Klage wegen Beleidigung erhoben. Die Beleidigung ist enthalten in einer der leichten Nummern der Zeitschrift "Der Elch".

Beleihungsanstalt für zweite Hypotheken. Die Stadt Augsburg errichtet mit 500 000 Mark Grundkapital eine Beleihungsanstalt für zweite Hypotheken zur Förderung des Kleinwohnungsbaus.

Vom Hansabund. Wie der "Hansa-Bund" mitteilt, findet am 19. Mai unter Vorsitz des Präsidenten des Hansa-Bundes Geheimrat Professor Dr. Rießer, eine Sitzung des Direktoriums des Hansa-Bundes statt.

Luftschiffahrt und Flugwesen.

Die Verleihung des deutsch-französischen Luftabkommen. Wie aus Nancy gemeldet wird, ist der französische Militärlieger, der in Chenes auf deutschem Boden landet, und dann wieder nach Frankreich zurückkehrt, der Hauptmann Baragooff. Das Kriegsministerium hat vom Kommandeur des 6. Armeekorps einen genauen Bericht verlangt. Dem "Petit Parisien" zufolge werde Hauptmann Baragooff bestraft werden, weil er vor Ankunft der deutschen Behörden davongeflogen sei und zwar voraussichtlich strenger als der fürstlich wegen des gleichen Verhaltens mit 15 Tagen Stubenarrest bestraft Hauptmann Foret. Die Pariser Blätter geben zu, daß Hauptmann Baragooff sich einen Verstoß gegen das zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Luftabkommen hat zu schulden kommen lassen. Der "Matin" fügt zwar zu seiner Entschuldigung hinzu, daß er an der Landungsstelle "über zehn Minuten" auf das Erscheinen der deutschen Behörden gewartet habe. Erst dann sei er nach Brieu zurückgeflogen. Diese Entschuldigung klingt allerdings wie ein Witz.

Lokal- und Provinzialzeitung.

Posen, den 6. Mai.

Geburtstag des Kronprinzen.

Heute, Mittwoch, früh grüßen uns von den Dächern der öffentlichen und verschiedener Privatgebäude lustig im Winde flatternde Fahnen zu Ehren des Kronprinzen, der heute im trauten Familienkreise seinen 32. Geburtstag begeht. Dem hohen Geburtstagskind schlagen heute ganz besonders die Herzen aller wackeren Deutschen mit den besten Wünschen für sein und seiner Familie Zukunft entgegen. Namentlich aus unserer Ostmark, der er durch das längere Kommando zu den Danziger Leibhusaren enger verknüpft war als irgend einem anderen deutschen Landesteil. Uns Einwohnern der Stadt und Provinz Posen ist er durch seine wiederholten Besuche gelegentlich der Einweihung des Posener Residenzschlosses im Jahre 1910, der Eröffnung der Ostdeutschen Ausstellung 1911 und anlässlich des vorjährigen Kaisermanövers überraschend lieb und sympathisch geworden, indem er durch sein leuchtiges Wesen die Herzen aller im Sturme eroberte. Mit ganz besonderer Verehrung richten sich daher heute unsere Blicke und Wünsche auf den vereinstigten Erben des Kaiserthrones, der an der Seite seiner anmutigen Gemahlin und inmitten seiner vier Prinzessinnen ein vorbildlich ungetrübtes Familienglück genießt. Möge es dem hohen Geburtstagskind noch viele, viele Jahre vergönnt sein, sich in diesem Glück zu sonnen, ledig der Sorgen, die ihm als Träger der Kaiserkrone beschieden sind!

hb.

Vom Östmarkenflug 1914.

Das Kriegsministerium hat für den Östmarkenflug eine weitere Beihilfe von 20 000 Mark gewährt.

Ordensverleihung. Dem landwirtschaftlichen Vogt Kazmierzak in Borowo, Kreis Kosten, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Erledigte Obersförsterstellen. Die Obersförsterstelle Dillenburg im Regierungsbezirk Wiesbaden ist zum 1. Oktober 1914, die Obersförsterstelle Oberkasselungen im Regierungsbezirk Kassel zum 1. November 1914 und die Obersförsterstelle Rotenburg-Lüdersdorf im Regierungsbezirk Kassel zum 1. Januar 1915 zu beenden. Bewerbungen müssen bis zum 10. Juni eingehen.

Der Wasserstand der Warthe. Der Wasserstand der Warthe betrug hier heute früh + 0,56 Meter, gegen + 0,62 Meter gestern früh.

Beschwechsel in der Ostmark.

Schwerenz, 5. Mai. Die bisher dem Ziegeleibesitzer Gustav Lesser in Neudorf gehörige Ziegelei ist für 105 000 Mark in den Besitz des Gutsbesitzers Magnus Katz von hier übergegangen.

Bitkow, 5. Mai. In der gestrigen im Deutschen Kaufhause abgehaltenen Generalversammlung des Vaterlandes Frauenvereins wurden in den Vorstand gewählt: Frau Landrat Dr. Robert Jessen als Vorsitzende, Frau Distriktskommissar von Hertell als stellvertretende Vorsitzende, Distriktskommissar von Hertell als Schatzmeister Steuerprüfermeier Joost als Schriftführer.

T. Gnesen, 4. Mai. Am Donnerstag beginnt in der evangelischen Kirche Gnesen eine Generalkirchenvielfalt, die bis zum 28. d. Mts. dauert. Eine Kommission von 21 Mitgliedern, Geistlichen und Laien der Provinzialkirche, Vertreter des Oberkirchenrates und der Königlichen Regierung unter Führung des Generalsuperintendenten D. Blau bereist die Synode, um die Gemeinden zu besuchen. In jeder Kirche und an jeder Predigtstätte werden Gottesdienste abgehalten, Unterredungen mit den konfirmierten Jugend und Besprechungen mit den Haushaltern.

Die Kommission besucht sämtliche Anstalten und Schulen, vielfach auch die kirchlichen Vereine und Konfirmandenabteilungen, sie besichtigt die kirchlichen Gebäude und Friedhöfe, um das Kirchenwesen auf jegliche Art zu fördern und zu unterstützen. Die Vielfalt beginnt mit der Gemeinde Gnesen. Am 7. Mai ist

der Eröffnungsgottesdienst, bei dem Generalsuperintendent abhält. Für Sonntag, 10. Mai, ist die Veranstaltung eines Gemeindeabends geplant. Der Kommission gehören u. a. an: Generalsuperintendent D. Blau, Vorsitzender: Superintendent Jaedel-Marienwerber, Kommissar des evangelischen Oberkirchenrats, Landrat Dr. Dionysius Gnesen, Landrat Dr. Robert Jessen, Bitkow, Superintendent Krüger-Gnesen, Oberbürgermeister Schoppen-Gnesen, Konsistorialrat, Militäroberherrn Wehr aus Posen, Konsistorial-Assessor Dr. Hancke-Posen, die Regierungs- und Schulräte Dr. Nemitz und Kabisch als Kommissare der Regierung zu Bromberg.

K. Strelno, 5. Mai. In Rawka im benachbarten Kreis Mogilno wurde in einer Parade der bei den Neubauten beschäftigten Bauarbeiter ein Einbruch verübt und Betten und verschiedene Werkzeug von erheblichem Wert gestohlen. Unter dem Verdacht, diesen Diebstahl ausgeführt zu haben, ist ein bei den Bauten Beschäftigter in Strelno festgenommen worden.

Breslau, 5. Mai. Während man nach dem Ausgang der Gläubigerversammlung noch auf eine außergerichtliche Regelung der Krise im Breslauer Beamten-Spar- und Darlehnsverein rechnen konnte und auch bereits 1700 bis 1800 Sparer eine Verzichtserklärung auf 30 Prozent ihrer Spareinlagen geleistet hatten, ist heute auf Antrag von 15 Spargläubigern vom heutigen Amtsgericht über das Vermögen des Vereins der Konkurs eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde der Kaufmann Julius Baer ernannt. Das Mitgliederdurchschnitt beträgt 265 000 M., die Haftsumme 480 000 M., während sich die Spareinlagen auf rund zwei Millionen belaufen.

Röslin, 5. Mai. Der Kaiser hat dem ersten Bürgermeister Dr. jur. Walter Pusch das Recht verliehen, bei geeigneten Gelegenheiten die goldene Amtslette zu tragen.

Aus dem Gerichtsstaate.

Menden, 6. Mai. Zwei Arbeiter hatten bei einem Waschenball eine Bärenführerguppe dargestellt. Der eine, der als Bär galt, war vom Kopf bis zu den Füßen mit Stroh umwickelt. In vorheriger Stunde versetzte der Bärenführer im Raum auf die Gedanken, das Stroh, in dem sein Freund steckte, anzuzünden. Dieser erlitt so starke Brandwunden, daß er bald nachher unter großen Schmerzen starb. Der Ausführer des verhängnisvollen Scherzes wurde gestern zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Der russische Haushalt in der Duma.

Petersburg, 5. Mai. Der heute in der Duma von dem Berichterstatter der Budgetkommission vorgelegte Budgetentwurf balanciert mit 3 612 559 183 Rubel mit einem Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 32 Millionen Rubel. Die Kommission schlägt vor, diese bis 1913 zu vermeiden für den Bau von Kleinbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Die Getreideausfuhr habe sich erfolgreich entwickelt, trotzdem sie geringer sei als diejenige von 1910 und 1911. Der Berichterstatter erinnerte an die bevorstehende beträchtliche Erhöhung des Heeresetats und an die Möglichkeit, daß sich die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol angesichts der jüngsten Maßnahmen der Regierung verringern würden. Dies macht die Schaffung neuer Einnahmequellen erforderlich. Die Lage habe seit 1913 an Unbestimmtheit angenommen, was in der Gesellschaft Unzufriedenheit hervorruft. Unter diesen Umständen schafft die finanzielle Lage keine Sicherheit, wenn nicht die seit langem erwarteten radikalen Reformen in Angriff genommen würden. Als sobald der Ministerpräsident die Tribüne bestiege, kam es zu dem bereits gemeldeten Zwischenfall, der zur Unterbrechung der Sitzung führte. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung betonte der Berichterstatter des Finanzministeriums Bark die Notwendigkeit, vor allem an die Ansatzung der unerschöpflichen natürlichen Hilfsmittel des Landes zu denken. Ferner sei es nötig, eine Reform der Petersburger Börse in Angriff zu nehmen, um eine starke und unabhängige Organisation zu schaffen. Für die Verbesserung des Eisenbahnnetzes, der Chauffeuren und Wasserkästen seien neue Ausgaben nötig, die durch Anleihen gedeckt werden müßten. Trotz zahlreicher Aufrufe zur Beschränkung der Rüstungen hören unsere Nachbarn nicht auf (!!) zu rüsten, wir sind daher nicht in der Lage, auf eine Erhöhung der Ausgaben für die Landesverteidigung zu verzichten. „Haltest den Dieb!“ hält jedenfalls auch Herr Bark für ein erprobtes Rezept. Die Red.) Die Regierung werde mit allen Kräften auf eine Zunahme der nationalen Ersparnisse hinwirken, da sie darin den sicheren Weg des Wohlstandes des Volkes sieht.

Der Kabinettschringareff kritisierte ausführlich die Rebe Bark und wies darauf hin, daß die Ausgaben für die Landesverteidigung um 6 Prozent zugenommen hätten, diejenigen für kulturelle Zwecke nur um 3 Prozent. Die Militarisierung des russischen Budgets mache ungeheure Fortschritte. In dieser Hinsicht marschiere Russland an der Spitze aller anderen Länder. Schon das Gerücht, daß die russische Regierung möglicherweise den russischen Arbeitern die Abwanderung nach Deutschland verbieten könne, habe eine große Unruhe in Deutschland hervorgerufen, dessen Landwirtschaft die russischen Feldarbeiter nicht entbehren könnte. Trotzdem ergreife die Regierung keine Maßnahmen, um diese Frage wirksam zu regeln.

Merito.

Minen an der Bahn nach Mexiko.

Das amerikanische Kriegsdepartement hat aus Veracruz die Meldung erhalten, die mexikanischen Bundesstruppen hätten an die Bahnhöfe von Veracruz nach Mexiko Minen gelegt, um die Verstärkung der Linie vorzubereiten für den Fall, daß die Amerikaner versuchen würden, den Marsch auf Mexiko zu unternehmen.

Der Dampfer "Piranga" ist am 3. Mai von Veracruz über Tampico mit Flüchtlingen an Bord nach Mobile abgefahren.

Kein gemeinsames Vorgehen zwischen Huerta und Villa.

Torreón, 5. Mai. General Villa hat die Aufforderung der Anhänger Huertas, seine Streitkräfte mit ihm zu verbinden, um die Amerikaner zurückzutreiben, abgelehnt.

Weitere amerikanische Truppen gegen Veracruz.

Washington, 5. Mai. Wie Admiral Mayo meldet, dauern die täglichen Feuergefechte zwischen den Bundesstruppen und den Konstitutionellen bei Tampico fort. Admiral Badger hat an das Marindepartement berichtet. Huerta habe den Bollbeamten

in allen Häfen des Staates Veracruz verboten, nach Häfen in den Vereinigten Staaten bestimmte oder von dort kommende Schiffe abzufertigen.

Galveston, 5. Mai. Hier Transportschiffe werden zur Versendung weiterer Truppen nach Veracruz hier bereithalten.

Telegramme.

Einsturz einer Pontonbrücke.

Adlershof, 6. Mai. Eine über den Fluß gesetzte Pontonbrücke brach zusammen als 16 Mann mit zwei Maschinengewehren darüber marschierten. Die Leute und die Geschütze fielen ins Wasser. Die ersten retteten sich ans Land. Die Geschütze wurden nach mehreren Stunden aus dem Wasser gehoben und geborgen.

Kaiser Franz Joseph.

Wien, 5. Mai. Das Abendbulletin über das Befinden des Kaisers lautet: In den objektiven Symptomen und im subjektiven Befinden hat sich beim Kaiser nichts geändert. Nur der Hustenreiz war tags über geringer. Der Kaiser hielt sich eine Stunde in der kleinen Galerie bei offenem Fenster auf.

Asquith über die Beteiligung in San Francisco.

London, 5. Mai. Premierminister Asquith empfing heute eine Abordnung, die für eine offizielle Teilnahme an der Panama-Ausstellung eintrat. Der Minister billigte den Vorschlag, daß die Regierung einen besonderen Pavillon bauen soll und versprach, ihn befürwortend dem Kabinett vorzulegen.

Türkische Kriegsschiffs-Bestellung in Frankreich.

Paris, 6. Mai. (Privattelegramm.) Die Türkei hat bei der Werft in Le Havre sechs Torpedobootszertifiziere bestellt, die je 4½ Millionen Mark kosten. Auch Schneider-Creuzot erhält bedeutsame türkische Aufträge auf Lieferung von Kriegsmaterial.

Ein schwerer Unfall

auf einem französischen Truppenübungsplatz.

Paris, 6. Mai. In der Nähe des Artillerieschießplatzes Connelles bei Caen schauten die Pferde eines Munitionswagens vor einem Automobil und gingen durch. Das dahinterfahrende Gefährt übertraute eine Gruppe von Artilleristen. Beide Soldaten erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Ein Kanonier, der von dem Wagen abprang, erlitt einen Bruch.

Französische Soldaten als Diebe von Geschützteilen.

Paris, 6. Mai. (Privattelegramm.) Unbekannte Personen versuchten aus einem Fort bei Dunkirk das Geschützstück einer 76-mm-Kanone zu stehlen. Sie wurden überrascht und flohen. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß auch das Geschützstück einer neuen 80-mm-Kanone verschwunden ist. Man glaubt, daß mehrere Kanoniere vom 6. Regiment in Dunkirk an der Sache beteiligt sind.

Der Kriegszustand in Südalbanien.

Rom, 6. Mai. (Privattelegramm.) Blutige Zusammenstöße zwischen Albanern und Griechen werden gemeldet. Die Albaner liegen vor Argiroastro, das von einer starken griechischen Besatzung gehalten wird. Man erwartet einen Sturm. Die Lage in Südalbanien ist sehr ernst.

Der brennende Dampfer.

New York, 6. Mai. (Privattelegramm.) Über das Schiffunglück bei Sattle Island liegen nähere Meldungen vor: Der Name des vom deutschen Dampfer "Seydlitz" beobachteten, in hellen Flammen stehenden und steuerlos dahintreibenden Transportdampfers ist "Kolumbia", er war auf der Reise von Antwerpen nach New York. Nach einem Telegramm des Dampfers "Frankonia" hat dieser ein mit 13 Überlebenden der "Kolumbia" besetztes Rettungsboot aufgesucht. Es wird nach einem zweiten Boot mit dem Kapitän, dem 2. Offizier und 17 Mann der "Kolumbia" benannten Boot gesucht. An Bord der "Kolumbia" hatten sich mehrere Explosionen ereignet, durch die auch die Einrichtungen für drahtlose Telegraphie zerstört waren, weshalb der Dampfer keine Notsignale abgeben konnte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Zuckerberichte.

Hamburg, 5. Mai nachm. 2.10 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produktbasis 88%, Rendement neue Ufance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für Mai 9.35, für Juni 9.42½, für Juli 9.52½, für August 9.62½, für Okt.-Dezember 9.67½, für Jan.-März 9.85. Ruhig.

Hamburg, 5. Mai, abends 6 Uhr. Rüben-Rohzucker 1. Produktbasis 88 Prozent Rendement neue Ufance frei an Bord Hamburg für 50 Kilogramm für Mai 9.35, für Juni 9.40, für Juli 9.50, für August 9.62½, für Okt.-Dezember 9.67½, für Januar-März 9.82½. Ruhig.

Paris, 5. Mai. (Schluß.) Rohzucker 88% neue Kondition 29½, ab 29. Weißer Zucker ruhig. Nr. 3 für 100 Kilogr. für Mai 32½, für Juni 32½, für Juli-August 33, für Oktober-Januar 32.

Berlin, 6. Mai. Wetter: Regnerisch.

Newport, 5. Mai. Tendenz: schwach. Canadian Pacific-aktien 192½, Baltimore u. Ohio 91, United States Steel Corporation 59½.

New York, 5. Mai. Weizen für Mai 102,00, für Juli 94½, für September 92½.

Köln, 5. Mai. Rübeluto 70,50, für Mai 69,50. — Wetter: Bewölkt, regendrohend.

Hamburg, 5. Mai nachm. 2.30 Uhr. Kaffeemarkt. Good average Santos für Mai 46,50 Gd., für September 48,00 Gd., für Dezember 48,50 Gd., für März 49,25 Gd. Ruhig.

Telegraphische Fondskurse.

Breslau, 5. Mai. (Schluß-Kurje.) 3½ prozent. Schlesische Pfandbriefe Lit. A. 87,90, 4 prozent. Poln. Pfandbriefe (oprozent. Coupons)

